

Forderungen von 15 000 Gläubigern

KÜSNACHT: Fast 15 000 Gläubiger haben bisher Forderungen an die zusammengebrochene Luftverkehrsholding SAirGroup gestellt. Die Zahlen bei den Tochtergesellschaften SAirLines und Flightlease sind erheblich geringer, wie der Swissair-Sachwalter am Freitag in Küsnacht (ZH) mitteilte. Bei den drei Gesellschaften wurden sämtliche bisher eingegangenen Forderungsanmeldungen EDV-mässig erfasst, wie Sachwalter Karl Wüthrich in seinem wöchentlichen Lagebericht schrieb. Bei der SAirGroup meldeten bisher 14 976 Gläubiger jeweils eine oder mehrere Forderungen an. Bei SAirLines sind es 207, bei Flightlease 151 Gläubiger. Zur Höhe der Forderungen machte Wüthrich keine Angaben. Mit Hochdruck würden die Gläubigerversammlungen der drei in Nachlassstundung stehenden Gesellschaften vorbereitet, heisst es weiter. Diese finden gemäss den gleichentags im «Amtsblatt des Kantons Zürich» publizierten Einladungen wie folgt statt: für die SAirGroup am 26. Juni um 15.00 Uhr im Zürcher Kongresshaus; für die Flightlease am 27. Juni um 10.00 Uhr am Sitz der Anwaltskanzlei Wengert Plattner in Küsnacht; für die SAirLines gleichentags am gleichen Ort um 14.00 Uhr. An den drei Versammlungen werden Nachlassverträge mit Vermögensabtretungen vorgeschlagen, wie es in den Einladungen heisst.

Frankreichs BIP legt um 0,4 % zu

PARIS: Die französische Wirtschaft ist in den ersten drei Monaten dieses Jahres im Quartalsvergleich etwas stärker gewachsen als die anderen grossen Länder der Euro-Zone. Frankreichs Bruttoinlandsprodukt (BIP) legte zum vierten Quartal 2001 wie von Analysten erwartet um 0,4 Prozent zu, wie das französische Statistikamt INSEE am Freitag mitteilte. Dabei nahmen den Angaben zufolge die Investitionen ebenso wie der private Verbrauch um 0,2 Prozent zu. Allerdings stiegen die Investitionen der privaten Wirtschaft nur um 0,1 Prozent.

LGT PRECIOUS METAL FUND

Anlagefonds für Edelmetallwerte
Ausgabepreis* USD 6.35
Rücknahmepreis USD 6.34
per 21. 05. 2002

Informationen Telefon +423/235 13 96
*plus Kommission

PanAlpina Sicav

Alpina V

Preise vom 24. Mai 2002

Kategorie A (thesaurierend)

Ausgabepreis: € 51.30

Rücknahmepreis: € 50.25

Kategorie B (ausschüttend)

Ausgabepreis: € 50.50

Rücknahmepreis: € 49.41

Zahlstelle in Liechtenstein:
Swissfirst Bank (Liechtenstein) AG
Austrasse 61, Pöstfach, FL-9490 Vaduz

REKLAME

«PanAlpina Sicav

4, rue Thomas Edison, L-1445 Luxemburg-Strassen
R.C. Luxembourg B-62625

Ausschüttungsbekanntmachung

Die Anteilhaber werden hiermit unterrichtet, dass für die PanAlpina Sicav für das am 31. Dezember 2000 abgelaufene Geschäftsjahr folgende Ausschüttung beschlossen wurde. Der Ex-Tag wird der 27. Mai 2002, der Valuta-Tag wird der 29. Mai 2002 sein.

Teilfonds Alpina V (WKN 987 760)
Betrag in Höhe von EUR 0,47

Zahlstelle in Deutschland:

DZ BANK AG
Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank
Am Platz der Republik
D-60265 Frankfurt am Main

PanAlpina Sicav

Kantonalbanken: Gewinneinbruch

Jahresgewinn 2001 halbiert – Abschreibungen und Wertberichtigungen massiv gestiegen

AARAU: Die Schweizer Kantonalbanken blicken auf ein schwieriges Geschäftsjahr 2001 zurück: Der Jahresgewinn halbierte sich auf 464 Mio. Franken. Massgeblich zum Rückgang trugen hohe Rückstellungen der Kantonalbanken von Genf und Waadt bei.

Hauptertragspfeiler der Kantonalbanken sei weiterhin das Zinsgeschäft, welches sich bei den meisten Instituten erfreulich entwickelt habe, teilte der Verband Schweizerischer Kantonalbanken (VSKB) am Freitag an seiner Generalversammlung in Aarau mit. Der Erfolg aus dem Zinsgeschäft sei um 5,9 Prozent auf 4,482 Mrd. Fr. gestiegen. Viele Kantonalbanken hätten gar Rekordresultate erzielt.

Dagegen habe die Börsenflaute in den Jahresabschlüssen tiefe Spuren hinterlassen. So mussten die Staatsinstitute beim Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft einen Rückgang von 14,2 Prozent auf 1,371 Mrd. Fr. hinnehmen, nachdem dieses im Vorjahr noch massgeblich zu Rekordresultaten beigetragen hatte.

Einbruch beim Handelsgeschäft

Einen Einbruch von 74,8 Prozent auf 127 Mio. Fr. gab es beim Handelsgeschäft, das allerdings für die Kantonalbanken weniger bedeutend ist. Den grössten Verlust in dem Bereich fuhr die Waadtländer Kantonalbank (BCV) ein.

Insgesamt nahm der Betriebsertrag der Kantonalbanken um 5,9 Prozent auf 6,315 Mrd. Fr. ab. Angestiegen ist auf der anderen Seite der Betriebsaufwand, insbesondere der Sachaufwand (+5,6 Prozent). Der operative Bruttogewinn sank um 14,8 Prozent auf 2,851 Mrd. Franken. «Die Bruttogewinnentwicklung ist über die ganze Gruppe



Kurt Amsler, Präsident des Verbandes Schweizerischer Kantonalbanken: «Die Bruttogewinnentwicklung ist über die ganze Gruppe gesehen nicht gut.» (Bild: Keystone)

gesehen nicht gut», sagte VSKB-Präsident Kurt Amsler. «Einige unserer Verbandsmitglieder – vor allem im Westen – leiden ganz besonders.»

Unter dem Strich brach 2001 das Jahresergebnis um 49,7 Prozent auf 464 Mio. Fr. ein. Die Abschreibungen und Wertberichtigungen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 60 Prozent und schlugen mit 2,641 Mrd. Fr. zu Buche. Mit 1,325 Mrd. Fr. geht der Löwenanteil auf das Konto der BCV, bei der die Eidg. Bankenkommission (EBK) eine Erhöhung der Rückstellungen zur Deckung fauler Kredite gefordert hatte. Bei der Genfer Kantonal-

bank (BCGE) betrug das Loch 340,9 Mio. Franken.

Gedämpfte Aussichten

Für das laufende Jahr zeigen sich die Kantonalbanken vorsichtig. Sollten unerwartete Ereignisse am Markt ausbleiben, erwarteten die meisten Institute ein Ergebnis, das knapp im Rahmen der Vorjahreszahlen liegen dürfte, hiess es weiter. Amsler brach eine Lanze für eine stärkere Zusammenarbeit der Institute: Selbst Kantonalbanken, die nicht auf Rosen gebettet seien, hätten Mühe, Rationalisierungen durchzusetzen und auf kostspielige Eigen-

ständigkeiten zu verzichten. Dies irritiere ihn am meisten, sagte der VSKB-Präsident. Durch eine kostensparende Normierung der Produkte würden die KBs ihre Selbstständigkeit viel weniger verlieren als durch zu hohe Kosten. Die Frage werde bald nur noch sein, ob es gemeinsame Lösungen gebe oder eine Verbindung mit Dritten, sagte Amsler.

Die Gruppe der Schweizer Kantonalbanken zählt 24 Institute. Diese beschäftigen in rund 860 Geschäftsstellen gegen 17 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Marktanteil der Kantonalbanken im Inlandgeschäft liegt bei rund 30 Prozent.

Stabile Akzeptanz für Bankgeheimnis

Umfrage: Bankgeheimnis von klarer Mehrheit der Schweizer Bevölkerung akzeptiert

BERN: Das Bankgeheimnis wird von einer klaren Mehrheit der Schweizer Bevölkerung akzeptiert. Immer mehr Leute finden jedoch, dass es bei Steuerhinterziehung auch aufgehoben werden soll. Dies zeigt eine Umfrage des Eidg. Finanzdepartements (EFD).

Gemäss der am Freitag veröffentlichten Umfrage befürwortet eine Mehrheit von 58 Prozent der Befragten das Bankgeheimnis in seiner heutigen Ausgestaltung. Es soll demnach nur bei Steuerbetrug und strafrechtlichen Delikten aufgehoben werden. Diese Position war bei der letztjährigen Umfrage von 59 Prozent geteilt worden.

Dass das Bankgeheimnis auch bei Steuerhinterziehung aufgehoben wer-

den soll, befürworten 27 (Vorjahr: 25) Prozent der Schweizer und Schweizerinnen. Für eine generelle Aufhebung des Bankgeheimnisses sprechen sich 11 (10) Prozent aus.

Hoher Informationsstand

Alternativen zum heutigen Modell finden nur wenig Zustimmung. Für eine teilweise Aufhebung nur für Ausländer sprechen sich beispielsweise 26 (24) Prozent der Befragten aus, während dieses Modell von 67 (63) Prozent abgelehnt wird.

In der Deutschschweiz wurde innert Jahresfrist ein minimier Rückgang der Zustimmung zur heutigen Lösung von 61 auf 59 Prozent registriert. Ebenso wurde bei der jüngsten Personengrup-

pe eine Abnahme von 61 auf 56 Prozent festgestellt.

Laut EFD-Mitteilung ist die Schweizer Bevölkerung sehr gut über das Bankgeheimnis und seine Besonderheiten informiert. So wissen 70 (65) Prozent der Befragten, dass das Bankgeheimnis die Privatsphäre der Kunden schützt, bei Straftatbeständen wie organisierte Kriminalität, Geldwäscherei oder Steuerbetrug aber aufgehoben wird.

Die Umfrage bei 1500 Wahlberechtigten in der deutsch- und der französischsprachigen Schweiz wurde vom Marktforschungsinstitut DemoSCOPE in den Monaten April und Mai durchgeführt – in einer Zeit also, in der das Bankgeheimnis in der Öffentlichkeit stark thematisiert wurde.

Die DemoSCOPE-Umfrage förderte ein anderes Ergebnis zu Tage als eine Erhebung von Isopublic, die im Auftrag des «SonntagsBlick» durchgeführt und Ende April veröffentlicht worden war. Demnach wollten nur 28 Prozent der Schweizer das Bankgeheimnis in seiner heutigen Form bewahren. Eine Mehrheit von 53 Prozent sprach sich für eine Lockerung des Bankgeheimnisses aus, wenn es um die Steuerhinterziehung durch Personen geht, die im Ausland wohnen. Weitere 12 Prozent waren für eine vollständige Abschaffung. Zudem sprachen sich 55 Prozent der Befragten dafür aus, dass Steuerhinterziehung strafrechtlich verfolgt wird.

Italienische Steueramnestie: Finanzplatz Schweiz hat gegen 60 Mrd. Franken Kapital verloren

BERN: Die Schweizer Banken haben in den letzten Monaten wegen der italienischen Steueramnestie einen geschätzten Kapitalabfluss von mehreren Dutzend Milliarden Franken erlitten. Die betroffenen Banken und Organisationen geben nur zurückhaltend Zahlen preis.

Die Schweizerische Bankiervereinigung schätzt den Kapitalabfluss auf 30 bis 40 Mrd. Euro (43,6 bis 58,2 Mio. Franken).

Nicht nur die Schweiz

Dieser Betrag betreffe jedoch nicht nur die Schweiz. Im genannten Betrag seien alle italienischen Vermögenswerte enthalten, die jetzt aus verschiedenen Ländern nach Italien

zurückfliessen, hiess es bei der Bankiervereinigung.

Keine detaillierten Zahlen

Zurzeit sind keine detaillierten Zahlen über den gesamten Kapitalabfluss erhältlich. Weder die Schweizerische Nationalbank, noch die Eidgenössische Bankenkommission, die Bankiervereinigung oder das Eidgenössische Finanzdepartement wollten dazu Auskunft geben.

Nur drei Banken informierten

Bei den Banken gaben nur die UBS (8,6 Mrd. Franken), die Credit Suisse Group (3 Mrd. Franken) und die Banca della Svizzera Italiana (4,5 Mrd. Franken) in den letzten Wochen ihre Zahlen bekannt. Letztere konnte aber

2,6 Mrd. Franken in ihren Mailänder Filialen wieder entgegennehmen. Dass die Kundengelder zu grossen Teilen wieder in den italienischen Filialen der Schweizer Banken landen, stellten auch die anderen Banken fest. Bei den Banken wird die Tragweite der italienischen Steueramnestie denn auch relativiert.

Personalverband beunruhigt

Beunruhigt ist hingegen der Schweizerische Bankpersonalverband (SBPV). «Mit der Repatriierung von 50 Mrd. Euro können sich die Schweizer Banken ungefähr ausrechnen, was für Konsequenzen (...) eine generelle Steueramnestie in Europa haben würde», schreibt der SPBV in seiner Zeitung.

Autostrade baut Maut-System auf

WIEN: Das italienische Unternehmen Autostrade wird in Österreich die Autobahnabgabe für Lastwagen organisieren. Das beschloss die österreichische Autobahngesellschaft Asfinag am Freitag in Wien. Die Autostrade wird in den nächsten zehn Jahren bis zu 800 Mio. Euro in das neue System investieren. Ab 2004 soll die Lkw-Maut gelten und jährlich Einnahmen von 600 Mio. Euro bringen. Betroffen sind alle Fahrzeuge über 3,5 Tonnen. Die Höhe der Abgabe hängt von der Achsenzahl der Lastwagen ab und beträgt im Schnitt 22 Cent pro Kilometer. Der Entscheidung war eine erbitterte «Preisschlacht» aller Anbieter vorausgegangen. Ursprünglich hatten diese Kosten in Höhe von 1,5 Mrd. Euro geltend gemacht. Beim Wettrennen unterlag auch ein heimisches Konsortium.